

II Entstehung, Struktur und Probleme des polnischen Parteiensystems

1. Von der *Solidarność* zur Fragmentierung des Parteienspektrums in Polen

Polen hat in seiner neuesten Geschichte eine wesentliche Umwandlung seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung erfahren. Das autoritäre System des Staates, eine sozialistische Volksrepublik, verwandelte sich in eine semipräsidentielle Demokratie. Dieser Systemwechsel erfolgte nicht in Form eines einmaligen, revolutionären Aktes, sondern ist das Ergebnis einer komplizierten Evolution. Bei der politikwissenschaftlichen Untersuchung von Transformationsprozessen wird zumeist (z.B. O'Donnell/Schmitter/Lawrence 1986) eine Unterteilung in drei Phasen vorgenommen: Liberalisierungsphase, Demokratisierungsphase und Konsolidierungsphase, die drei Etappen eines erfolgreichen Übergangs von nichtdemokratischen (totalitären oder autoritären) zu demokratischen politischen Systemen unterscheiden. Die Gliederung dieses Kapitels orientiert sich an dieser Einteilung und definiert diese Phasen zu Beginn der betreffenden Abschnitte.¹⁴

Im Zuge der Demokratisierung setzte auch die Parlamentarisierung Osteuropas ein. Eine moderne Demokratie nach dem Vorbild der liberalen Verfassungsstaaten des Westens ist ohne ein funktionsfähiges Parlament nicht vorstellbar, gleichgültig wie das Verfassungssystem im Detail ausgestaltet ist.

Nur parlamentarische Gremien können die demokratischen Vorstellungen im modernen Flächenstaat verwirklichen und nur parlamentarische Einrichtungen, die funktionieren, ermöglichen jenen politischen Pluralismus, jenes politische Gleichgewicht, jenes Gegenüber von Regierung und Opposition, das die Grundlage des demokratischen Prozesses darstellt (Gerlich/Plasser/Ulram 1992: 79).

Die Entstehung und Wirkungsweise des Parlamentarismus ist gerade für ein Land wie Polen nach dem Systemwechsel von entscheidender Bedeutung. Ein zentraler Stellenwert kommt hierbei den Parteien als notwendige Voraussetzung moderner Massendemokratie zu.¹⁵ Als intermediäre Organisationen zwischen Gesellschaft und Politik stellen und sozialisieren sie zum einen das politische Personal, zum anderen aggregieren sie gesellschaftliche Interessen zu alternativen Programmangeboten und fördern durch die regelmäßige Mobilisierung ihrer Anhänger und Wähler die

¹⁴ Diese Aufteilung gilt nur als äußerer Rahmen für die Darstellung der Ereignisse, Akteure, Motive und Kulissen, die bei der Herausbildung des polnischen Parteienspektrums wichtig waren. Daher wird hier über die Konsolidierungskriterien der Parteien, bzw. über die theoretische Differenzierung zwischen der Konsolidierung des Parteiensystems innerhalb der allgemeinen Konsolidierung nicht weiter diskutiert. Dazu siehe: Beyme 1997: 4ff. Zum Konzept der demokratischen Konsolidierung mit zahlreichen weiteren Hinweisen für den Verlauf der Debatte, vgl. Plassner u.a. 1997, sowie Diamond 1999 und Merkel 1996b.

¹⁵ Für einen Überblick über die gebräuchlichsten Parteiensystemeigenschaften und ihre Operationalisierung siehe etwa: Sartori 1976, auch Niedermayer 1996, für Osteuropa Segert 1996, 1997.

politische Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Parteien leisten so einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung und Legitimierung repräsentativer Demokratien (Eith/Mielke 2001a: 11).

Nach der antikommunistischen Wende in Osteuropa waren zwar die Voraussetzungen für die Entstehung demokratischer Parteien gegeben, ihre Institutionalisierung hat sich jedoch als ein nicht einfacher Prozess erwiesen. Am Beispiel der polnischen Parteien lässt sich demonstrieren, welche Hindernisse dem Aufbau von Parteiensystemen in den sich entwickelnden mittelosteuropäischen Demokratien entgegenstanden. Die Schwierigkeiten, die die Parteienentstehung begleiteten, waren vielfältiger Natur. Das alte Regime hatte das Erbe einer diskreditierten, kommunistischen Partei hinterlassen, die zwar das Wort „Partei“ im Namen geführt, die Grundfunktionen einer solchen jedoch nicht erfüllt hatte. Das tiefsitzende Ressentiment gegen Parteien im Allgemeinen hat hier seinen Ursprung. Auch das Auftreten von *Solidarność* (NZSS *Solidarność* – Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft *Solidarität*), der mächtigen nationalen Bürgerbewegung, wirkte sich auf die Parteienbildung negativ aus, da sie anfangs als Ersatz für demokratische Institutionen angesehen wurde. Der sich dennoch innerhalb der *Solidarność*-Bewegung vollziehende Parteienbildungsprozess begann daher auch eher unerwartet, spontan und planlos. Auslösender Faktor waren vor allem persönliche Differenzen zwischen verschiedenen Führungspersonen, wobei Lech Wałęsa¹⁶ einen erheblichen Anteil am konfliktvollen Auseinanderbrechen von *Solidarność* hatte. Eine weitere Schwierigkeit auf dem Weg zu einer normalen Parteienstruktur war die Überzeugung vieler sozialer Gruppen, dass ihre Interessen am besten von der Gewerkschaft *Solidarność* artikuliert und vertreten würden. Die Führer der NZSS *Solidarność* hingen noch lange an dieser Überzeugung. Das polnische Parteiensystem hat einen langen, noch nicht abgeschlossenen Weg von der Fluktuation zur Stabilisierung hinter sich. Im Folgenden sollen die Prozesse und ihre Ursachen, die dazu geführt haben, untersucht werden.

1.1. Die erste Phase - Liberalisierung

Die Entstehung von unabhängigen Parteien oder anderen derartigen Institutionen war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Überwindung des kommunistischen Regimes. Bedrohlich für autoritäre Regime ist nicht der Zusammenbruch der Legitimität, sondern die Organisation von Gegenhegemonie: kollektive Entwürfe einer anderen Zukunft. Aus diesem Grund haben autoritäre

¹⁶ Lech Wałęsa - die Symbolfigur der *Solidarność*-Bewegung, arbeitete seit 1967 als Elektriker auf der Lenin-Werft in Danzig. Im August 1980 stand er an der Spitze einer Streikbewegung, aus der die Gewerkschaft *Solidarność* hervorging. Nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 hielt er an dem Ziel der Demokratisierung Polens fest. 1983 wurde er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Nach der politischen Wende 1989 war er von 1990 bis 1995 Staatspräsident Polens. Hier fiel er durch seine Unstetigkeit und seinem teils willkürlichen Umgang mit der Verfassung auf und verspielte einen großen Teil seines Ansehens. In der Präsidentschaftswahl 1995 unterlag er dem ehemaligen Kommunisten Aleksander Kwaśniewski. Seither ersuchte

Regime eine starke Abneigung gegen unabhängige Organisationen (Przeworski 1990: 191). Eine solche Organisation war noch vor der Gründung der *Solidarność* das *Komitee zur Verteidigung der Arbeiter* (Komitet Obrony Robotników - KOR), das als Antwort auf die Repressionen nach Protesten gegen die versuchten Preiserhöhungen vom Juni 1976 gegründet worden war. Es bildete sich 1977 zum *Komitee für Gesellschaftliche Selbstverteidigung* (Komitet Samoobrony Społecznej, KSS) um und leitete damit eine Renaissance des Konzepts der Zivilgesellschaft ein. Gegen den kommunistischen Staat und die ihn beherrschende Partei wollte die sich selbst organisierende Gesellschaft autonome Handlungsräume zurückerobern und schrittweise ausdehnen (Ziemer 1997a: 1).

Mit der Gründung der parteiunabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* gelang der erste große Durchbruch dieses Konzepts. Die *Solidarność* hat die Liberalisierung 1980 und den Systemwechsel nach 1989 eingeleitet. Sie stellte eine bisher nie dagewesene Kraft dar, die nicht von der Partei kontrolliert wurde, sondern vielmehr einen institutionalisierten Gegensatz zu ihr verkörperte.¹⁷ Die *Solidarność* wurde mit der *pospolite ruszenie* (letztes Aufgebot, Volks-, Landwehr) verglichen. Dies war im polnisch-litauischen Staat des 15. und 16. Jahrhunderts eine Art Adelsmiliz aller Bürger, die im Falle einer äußeren Bedrohung zusammengerufen wurde. Alle Bürger, die fähig waren Waffen zu tragen, zogen - unabhängig von ihrer Konfession, ihren Überzeugungen oder auch gegenseitigen Zwistigkeiten - Arm in Arm gegen den Aggressor in den Krieg. Im Polen der 80er Jahre war die *Solidarność* eine solche *pospolite ruszenie* gegen das Regime, das nach ihrem Verständnis den Interessen einer fremden Supermacht diente.

In Solidarity there were workers, intellectuals and peasants (...) There were Roman Catholics and non-believers, Jews and anti-Semites. Socialists, liberals, conservatives, christian democrats, nationalists and even communists – members of the ruling Polish United Workers Party. There were moderates and radicals, independents and opportunists, leftists, rightists and centrists (Jasiewicz 1995: 1).

All diese Unterteilungen verloren ihre Bedeutung am 13. Dezember 1981, als die Phase der Liberalisierung unterbrochen wurde und scharfe Restriktionen des Kriegsrechts die *Solidarność* vereint in den Untergrund trieben. Trotz der Differenzen und inneren Brüche war der Integrationsdruck durch Repression von außen stark genug, um die organisatorische Ausdifferenzierung vor der Machtübernahme zu vermeiden. Wichtig ist auch, dass sich wegen der Unmöglichkeit landesweiter Aktivitäten in den einzelnen Regionen und Gruppen besondere Bindungen und gemeinsame, von den anderen sich unterscheidende Identitäten herausbildeten. Nach der Aufhebung des Kriegszustandes im Juli 1983 trat eine Phase ein, in der Freiräume und Unterdrückung nebeneinander existierten. Es hatten sich aber mit der katholischen Kirche und seit Beginn der 80er Jahre mit der *Solidarność* pluralistische Ansätze einer *civil society* herausgebildet, die die kommunistische Führung zunehmend unter Druck setzten. Als im Sommer 1988 erneut Streiks von der Opposition organisiert wurden, wollte und musste die Regierung in einen Dialog mit ihr treten. Während noch Anfang der 80er Jahre die kommunistische Regierung mit der Verhängung des Kriegsrechts auf Streiks und innere Unruhen

er immer wieder, auf die politische Bühne zurückzukehren, konnte jedoch nicht mehr an seine frühere Beliebtheit als Gewerkschaftsführer anknüpfen.

reagiert hatte, konnte sie sich Ende der 80er Jahre auf Grund externer Faktoren (geänderte Situation in der Sowjetunion mit der *Perestroika*-Politik Gorbatschows) sowie interner Faktoren (zunehmender Autoritätsverlust der kommunistischen Regierung sowie wachsende und zunehmend organisierte Opposition) nicht mehr in ähnlicher Weise verhalten.

Oft wurden für die weiteren Entwicklungen des polnischen Parteiensystems nach 1989 nur die Entwicklungen in der Regimeopposition für relevant gehalten.¹⁸ Dagegen erscheint es von Bedeutung, auf die in der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza - PZPR) entstehenden sozialdemokratischen und liberalen Tendenzen und Flügel hinzuweisen (Strobel 1990). Auch die Stellung der „Koalitionsparteien“ soll nicht völlig außer acht gelassen werden.¹⁹ Der politischen Führung der regierenden PZPR wurde klar, dass ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise und aus der Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung sowie eine radikale Wirtschaftsreform mit Marktmechanismen, die eine weitere Senkung des Lebensstandards nach sich ziehen musste, ohne eine politische Verständigung über einen Gewerkschaftspluralismus, das heißt die Wiederzulassung der *Solidarność*, und ohne eine Verständigung über neue Formen des politischen Pluralismus nicht zu verwirklichen waren.

Die 10. ZK-Sitzung der PZPR am 21./22. Dezember 1988 und vom 16. bis 18. Januar 1989 diente der Vorbereitung der Gespräche über politische Reformen am *Runden Tisch*. Die bisher allein regierenden Eliten traten in einen Dialog mit anderen gesellschaftlichen Kräften, die eine Reform der bestehenden politischen Ordnung wollten. Dies bedeutete den unumkehrbaren Abschied vom Realsozialismus der vergangenen 40 Jahre (Ziegenhein 1997: 2). Vom 6. Februar bis zum 5. April 1989 verhandelten in Warschau Vertreter der regierenden Partei und ihre Verbündete als Repräsentanten der Regierung mit Vertretern des offiziellen (und regierungstreuen) Gewerkschaftsverbands OPZZ und der *Solidarność*, die im wesentlichen durch Mitglieder ihres Bürgerkomitees²⁰ repräsentiert war. Am *Runden Tisch* wurden Abmachungen getroffen, die das politische und institutionelle System Polens in den nächsten Jahren grundlegend verändern sollten.²¹ Die Ergebnisse des *Runden Tisches* resultierten aus folgenden Prämissen: Die Partei konnte ohne die Beteiligung der Opposition nicht mehr regieren, ging aber davon aus, dass sie die Macht behalten werde. Die *Solidarność* rechnete mit der Machtübernahme nach einigen Jahren, wenn das Militär nicht mehr unter ausschließlicher Kontrolle der Kommunisten stehen würde und dies für die Sowjetunion akzeptabel sei.

Den genuinen Interessen der Verhandlungspartner entsprechend bestand das Kernstück der Vereinbarungen in einer differenzierten politisch-institutionellen Reform. Einerseits wurde mit der Wiederzulassung (am 17. April 1989) der Gewerkschaft *Solidarność* das Hauptanliegen der

¹⁷ Zur identitäts- und gemeinschaftsbildenden Funktion der *Solidarność* siehe: Suleja 1994 und Zielonka 1986 und zur Geschichte und Struktur der Gewerkschafts- und Volksbewegung: Holzer 1985 und Tatur 1989.

¹⁸ Dies führte meistens zu einer unzureichenden Analyse der Differenzen innerhalb des Regimes und erschwert das Verständnis der heutigen politischen Bühne.

¹⁹ Wenn man z.B. die Rolle der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) in den 80er Jahren als Agrarlobby betrachten würde, dann könnte man vielleicht einfacher ihre Erfolge in den 90er verstehen. vgl. dazu: Ágh 1996: 19, oder Ziemer 1992: 313.

²⁰ Die Entstehungsgeschichte des Bürgerkomitees siehe: Henzler 1990 und Borkowski/Bukowski 1993.

²¹ Mehr zur Genese und Verlauf des *Runden Tisches* siehe: Maćków 1989, Strobel 1990 sowie Bingen 1991.

Regimeopposition erfüllt. Darüber hinaus entstand mit dem Senat eine zweite Parlamentskammer, die 100 frei gewählte Abgeordnete aus 49 Verwaltungseinheiten (Wojewodschaften) umfassen und primär als gesellschaftliche Kontrollinstanz fungieren sollte.²² Andererseits war die dominante Machtposition der bisherigen Staatsführung (für die bevorstehenden Wahlen erhielten die Blockparteien ein festgelegtes Kontingent von 299 der 460 Sejmsitze) formal garantiert. All dies führte zum polnischen Modell des Regimewechsels durch Zusammenarbeit zwischen Regime und Opposition.

Als erster Schritt des Transitionsprozesses wird die Liberalisierungsphase angesehen, in der die autoritären, beziehungsweise totalitär-kommunistischen Machthaber ihre bisherigen Herrschaftsregeln modifizieren und beginnen, bestimmte Rechte und Freiheiten einzuräumen. Der Übergang von der Liberalisierungs- zur Demokratisierungsphase ist genau dann erreicht, wenn die Substanz politischer Entscheidungen der Kontrolle der alten Machthaber entgleitet und mit unsicherem Ausgang der demokratischen Konkurrenz übergeben wird (Rüb 1994b: 113).

1.2. Die zweite Phase - Demokratisierung

Die Demokratisierung ist der Prozess, in dem die Macht der früheren politischen Elite auf institutionalisierte Verfahren verlagert wird. Die Entstehung politischer Institutionen wird in der Transitionsforschung als wichtiges, vielleicht als das wichtigste Moment im Prozess der Demokratisierung (Rüb 1994b: 111) angesehen. In Polen entstand als Kompromiss am *Runden Tisch* ein semipräsidentielles Regierungssystem. Als Ergebnis der Verhandlungen kam vor allem die Verfassungsnovelle vom 7. April 1989 zustande.²³ Sie muss in jedem Fall als die Grundlage des Systemwechsels betrachtet werden. Der Inhalt dieser Novelle kann erst im Kontext mit den ihr vorausgehenden politischen Akten (Beschluss des X. Plenums des ZK der PZPR vom Januar 1989 und Verständigung am *Runden Tisch*) sowie der sie begleitenden Gesetze richtig verstanden werden. Zu diesen begleitenden Gesetzen zählten die neue Wahlordnung zum Parlament und Senat sowie das neue Gesetz über die Organisationen und Parteien. Erst alle diese Akte zusammen zeigen deutlich, dass man auf die Prinzipien des politischen Monozentrismus verzichtete.

In der Literatur findet man die These, dass die Entstehung der Parteien mit dem Einsetzen des Prozesses der *transition to democracy* zusammenfällt (Cotta 1991: 7). Hier wird der Begriff der Partei mit dem der institutionellen Gegenhegemonie nach Przeworski (1990) gleichgesetzt.

²² Der Senat war bereits in der polnischen Adelsrepublik eingeführt worden und existierte bis 1947.

²³ Die Aprilnovelle gestaltete vor allem die Machtorgane des Staates um. Es wurden zwei Verfassungs-Institutionen, der Senat als zweite Parlamentskammer und das seit einigen Jahrzehnten aufgelöste Präsidentenamt wieder ins Leben gerufen. Gleichzeitig wurden das kollegiale Staatsoberhaupt, der Staatsrat und die mit ihm verbundene Institution in der Verordnung mit Gesetzeskraft aufgelöst. Daraus entstanden Änderungen in den Beziehungen zwischen den staatlichen Organen.

Ähnlich verallgemeinernd wird die Partei bei Mangott (1992) verstanden, wenn er meint, dass die Parteien während der antitotalitären Revolution die Rolle des institutionalisierten Partners in der Abwicklung der zusammenbrechenden kommunistischen Regime wahrnahmen. Es handelt sich bei der *Solidarność* um eine - *Anti-Regime-Koalition, Proto-Partei, Forumspartei, Umbrella-Partei, Bürgerbewegung (pospolite ruszenie)* als Ausdruck des grundsätzlichen Legitimitätsbruchs und als institutionelle Alternative zum realsozialistischen Regime.

Ein solches Gebilde mit äußerst heterogener Struktur und Gefolgschaft wurde in den Wahlen²⁴ vom 4. Juni durch elf Millionen Menschen unterstützt. Eine logische Folge dieses überraschenden Triumphes war der *Coup* von Wałęsa, der - nachdem der langjährige Innenminister Czesław Kiszczak mit der Regierungsbildung gescheitert war - eine Koalition mit den beiden Bündnisparteien der PZPR, der Vereinigten Bauernpartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe – ZSL) und der Demokratischen Partei (Stronnictwo Demokratyczne – SD) schloss. Damit war der Weg für die Bildung der Mazowiecki-Regierung offen. Am 24. August 1989 wird Tadeusz Mazowiecki²⁵ erster nichtkommunistischer Ministerpräsident Polens seit über 40 Jahren und gleichzeitig erster nichtkommunistischer Regierungschef im damals noch existierenden Warschauer Pakt. Damit war der Machtwechsel vollgezogen. Unter dem neuen Finanzminister Balcerowicz²⁶ wurde auch eine Wende in der Wirtschaftspolitik eingeleitet. Man begann Anfang 1990 das ehrgeizigste Projekt zur Liberalisierung des Handels, zur makroökonomischen Stabilisierung und zur Privatisierung im ehemaligen Ostblock (Freudenstein 1995: 54).

In dieser Zeit hielt die *Solidarność* alle politischen Karten in der Hand. Auf Landesebene stellte sie die Regierung und verfügte über die stärkste Parlamentsfraktion, den Parlamentarischen Bürgerklub (Obywatelski Klub Parlamentarny - OKP). Auf der Kommunalebene zeigten sich zu diesem

²⁴ Ausführliches über Wahlen im nächsten Abschnitt.

²⁵ Tadeusz Mazowiecki - Politiker, Journalist, Gründer des „Katholischen Klubs der Intelligenz“; Parlamentsabgeordneter der katholischen Partei (ZNAK); Chefredakteur der Zeitung "Solidarność"; 1981 von der polnischen Militärregierung verhaftet; nach seiner aktiven Teilnahme an den Beratungen des Runden Tisches war er 1989-90 erster Premierminister der Dritten Republik; Mazowiecki war Mitbegründer und Führer der Demokratischen Union, die später in die Freiheitsunion umgewandelt wurde; 1992-95 war er Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission in Bosnien; 1998 verlieh ihm der französische Präsident die Würde eines Großoffiziers der Ehrenlegion; seit 2001 ist er nicht mehr Abgeordneter im Sejm; 2002 ist er aus der Freiheitsunion ausgetreten, nachdem die Union die christliche Internationale verlassen hatte; Vorsitzender der polnischen Robert Schumann Stiftung; Mitglied der parlamentarischen Komitees für Verfassungsfragen und für Verteidigung.

²⁶ Leszek Balcerowicz - Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, 1989 bis 1991 war er in der ersten nichtkommunistischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki Finanzminister. Der nach ihm benannte "Balcerowicz-Plan" sorgte für die wirtschaftliche Umstrukturierung Polens zu einer freien Marktwirtschaft. 1995 bis 2000 hatte er die Position des Parteivorsitzenden in der liberalen UW. Vor allem vom westlichen Ausland gefeiert, verlor er innenpolitisch an Beliebtheit, da der wirtschaftliche Umbau hohe soziale Kosten verursachte. 1997-2000 hatte er wieder den Posten des Vizepremiers und Finanzministers (diesmal in der Buzek-Regierung) inne. Der sogenannte Balcerowicz-Plan II (der u.a. radikale Steuersenkung und Haushaltslochreduzierung vorsah) ist wegen des Einspruchs von Präsident Kwaśniewski und der AWS (damaliger Koalitionspartner der UW) gescheitert. Seit 2001 ist er Präsident der Polnischen Nationalbank.

Zeitpunkt deutlich die politisch-organisatorische Bedeutung der lokalen Bürgerkomitees, die als Wahlkampforganisation der *Solidarność* fungierten.²⁷

Die Einheit war aber nicht vollkommen. Die anderswo noch getarnten Bruchlinien traten in der zweitgrößten Stadt Polens, in Łódź, offen zu Tage. Zwei Bürgerkomitees der *Solidarność* standen sich dort gegenüber. Die Unterschiede zwischen ihnen lagen nicht in den Kommunalprogrammen, sondern waren personeller, aber auch ideologischer Natur. Sie können als Gegenüberstellung von christlich-nationaler und liberal-demokratischer Gruppierung beschrieben werden (Jasiewicz 1995a: 3). Diese ist identisch mit der ersten großen Bruchlinie innerhalb der *Solidarność*.

Gleichzeitig entstanden weitere relevanten Parteien vor, allem in Folge der Ausdifferenzierung innerhalb der *Solidarność*. Dies verband sich mit der veränderten Rolle der „Wałęsa-Mannschaft“ nach der Bildung der Mazowiecki-Regierung. Diese Regierung musste sich auf ein konkretes politisches Programm stützen, das breiter gesellschaftlicher Akzeptanz bedurfte. Die Politik brauchte klare Alternativen aber ihre Realisierung brauchte die Einheit.

*Wie soll man bewirken, dass der notwendige gesellschaftliche Konsens nicht die für die Demokratisierung unerlässliche Differenzierung bremst, die in den politischen Strukturen zum Ausdruck kommen muss? Und wie soll man es andererseits erreichen, dass der Prozess der Differenzierung – der unvermeidlich den politischen Kampf nach sich zieht – nicht den Konsens zum Zerschlagen bringt, der bei solch großen Reformen unerlässlich ist?*²⁸

So schilderte Mazowiecki, der 1990 bei der Präsidentschaftswahlen selbst Akteur bei der spektakulärsten Teilung der *Solidarność* wurde, das Dilemma. Die Schlüsselfigur dieser Teilung war aber Lech Wałęsa, der charismatische Führer, der die Organisation vor Spaltungen bewahrt und sie zu einem Wahlsieg geführt hat. Er verstand sehr wohl, dass die Hoffnungen der Menschen schnell in Enttäuschung und Aggression gegenüber der *Solidarność* als Ganzes hätten umschlagen können. Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich dramatisch und die antiinflationären Maßnahmen der Regierung trafen vor allem die sozial Schwachen. Da die wirtschaftliche *Schocktherapie*, nach dem Finanzminister als *Balcerowicz-Plan* benannt, erhebliche soziale Kosten nach sich zog, war abzusehen, dass die breite Unterstützung für die Regierungspolitik nicht lange andauern würde.²⁹

²⁷ Bei den Kommunalwahlen v. 27.05.1990 gingen insgesamt 41,1 Prozent aller Sitze an die *Solidarność*, während alle anderen Parteien - abgesehen von der PSL (5,8 Prozent) - jeweils weniger als 1 Prozent der insgesamt vergebenen Mandaten errangen (Juchler 1994: 254). Zu genaueren Informationen über die Kommunalwahlen, vgl. u.a. Gebethner 1996a.

²⁸ Tadeusz Mazowiecki zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Polens schwieriger Weg in die Normalität*. v. 24.08.1991.

²⁹ Die Preisliberalisierung und die unbeschränkte Konvertierbarkeit des Złoty führten innerhalb kurzer Zeit zu einem extremen Anstieg der Lebenshaltungskosten (Juchler 1994: 204f). Zugleich stieg die Arbeitslosenzahl monatlich um 100.000 an und erreichte bis Ende Juli 1991 eine Quote von 9,4 Prozent der Erwerbstätigen (Zimer 1992: 322).

Im Frühling 1990 erschien Wałęsa und seinen Beratern die Lage in Polen als anachronistisch. Im Sejm herrschten die *Runde-Tisch*-Proportionen, Jaruzelski³⁰ war Staatspräsident, die kommunistische Nomenklatura besetzte noch immer wichtige Positionen, vor allem auf den unteren Ebenen und in der Wirtschaft. Wałęsa forderte grundlegende Veränderung, was er im Schlagwort der *Beschleunigung* (*przyspieszenie*) der politischen Entwicklung zusammenfasste. Er war der Meinung, dass die bisherige Politik der Regierung eine Spaltung in der Bewegung und in der Gesellschaft hervorrufen könnte und begann deshalb einen „Kampf an der Spitze“, um einen „Kampf an der Basis“ zu verhindern.³¹ Unter Führung von Jarosław Kaczyński (einem engen Vertrauten Wałęsas) entstand im Mai 1990 die Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum - PC), die sich aus einem großen Teil des OKP, bestimmten Vertretern der Bürgerkomitees sowie aus kleinen, christlich-demokratischen und liberalen Gruppierungen zusammensetzte. Von einer richtigen Teilung konnte man jedoch erst im Juli sprechen, nachdem von den Vertretern der laikalen Linken³² und populären Gewerkschaftsführern die Bürgerbewegung Demokratische Aktion (Ruch Obywatelski-Akcja Demokratyczna - ROAD) gegründet worden war. Der Streit zwischen den beiden Gruppierungen fokussierte vordergründig auf die Einschätzung der Politik der Mazowiecki-Regierung (u.a. ökonomische Aspekte, Tempo der institutionellen Veränderungen, Verhältnis zur kommunistischen Nomenklatur) sowie auf die Form des Regierungssystems, im Kern ging es jedoch um persönliche Ambitionen und Positionen.

Wichtigste Folge dieser Differenzierungsprozesse war die faktische Spaltung der *Solidarność*-Fraktion, die sich deutlich in den Präsidentschaftswahlen 1990 zeigte. Der Wahlkampf wurde hauptsächlich zwischen den Führern der beiden großen *Solidarność*-Lager ausgetragen. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (Tabelle 1) entlarvte gleichzeitig die politischen Hegemonialansprüche beider *Solidarność*-Lager als realitätsferne Vorstellungen (Kamiński /Kurczewska 1991: 227).³³

Verlauf und Ergebnis der direkten Präsidentschaftswahlen hatten außerdem jeweils spezifische Wirkungen auf die einzelnen Parteien bzw. politischen Lager. Im postkommunistischen Lager bestärkte der relative Erfolg des SLD-Kandidaten Cimoszewicz die SdRP in der Entscheidung, die breite Allianz der ex-staatsozialistischen Organisationen auch für die kommenden Wahlen aufrecht zu erhalten. Innerhalb der *Solidarność*-Lager kam es zu weiteren Differenzierungsprozessen. Im Rückblick lässt sich sagen, dass die erste Phase der Parteienbildung mit dem Dissens zum Regime

³⁰ Wojciech Jaruzelski - Politiker und Militär; 1956 wurde er General, 1964 Mitglied des ZK der PZPR, 1968 Verteidigungsminister, 1968 war er führend an der "Säuberung" der polnischen Armee im Rahmen der antisemitischen Hetzkampagne Mieczysław Moczar's sowie am Einmarsch des Warschauer Pakts zur Liquidierung des "Prager Frühlings" beteiligt. 1981 wurde Generalsekretär der PZPR und verhängte am 13. Dezember 1981 in Polen das Kriegsrecht. 1989 bis 1990 Staatspräsident. Die Debatte über seine Rolle ist weiterhin lebhaft. Als Pensionär in Warschau nimmt er daran aktiven Anteil. Insbesondere ist umstritten, inwieweit die Verhängung des Kriegsrechts 1981 durch Druck seitens der Sowjetunion bedingt war. Des Weiteren wird heftig diskutiert, ob die friedliche Machtübergabe ab 1989 von Jaruzelski mit betrieben wurde oder ob dieser sie ausschließlich aufgrund des inneren (*Solidarność*) und äusseren Drucks (Perestroika in der UdSSR) geschehen lassen musste.

³¹ Ausführlich zu diesem Thema siehe: Polak/Kobzdej 1993, sowie Hirsch 1992: 41-81.

³² Den Begriff prägte Adam Michnik - Intellektueller und Chefredaktor der *Gazeta Wyborcza* - für die atheistische, antikommunistische Linke; deutsch hier nach Ziemer 1992: 321.

begann. Mit den Wahlen von 1991, die oft als Gründungswahlen systematisiert werden, begann die sekundäre Phase der Parteienbildung.

Das polnische Parteiensystem war in den Jahren nach dem Systemwechsel durch eine starke Fluktuation, die Zersplitterung der politischen Nachfolgeorganisationen der *Solidarność* und das Wiedererstarken der postkommunistischen Regierungsparteien gekennzeichnet. Auch die gesetzlichen Bedingungen förderten die Fragmentierung des Parteienspektrums. In den Jahren 1988/89, in denen sich viele Splittergruppen und -grüppchen den Namen „Partei“ gaben, existierte keine gesetzliche Grundlage für ihre Tätigkeit. Die Ausarbeitung des Parteiengesetzes stand in keinem Verhältnis zu den Bewegungen auf der politischen Bühne, was man vielleicht auf die Tradition des illegalen, aber „gerechten“ Wirkens der *Solidarność* zwischen 1982 und 1988 zurückführen kann. Das lange fehlende Gesetz wurde erst am 27. Juli 1990 verabschiedet. Laut Artikel 1 ist eine politische Partei:

*eine gesellschaftliche Organisation, die unter einem bestimmten Namen auftritt und sich das Ziel setzt, am öffentlichen Leben teilzunehmen – insbesondere, um Einfluss auf die Gestaltung staatlicher Politik und Machtausübung zu nehmen.*³⁴

Die im Gesetz enthaltenen formalen Anforderungen an Parteien waren entweder sehr unklar formuliert oder sehr niedrig angesetzt. Dies ist aus der Reaktion auf 40 Jahre Unterdrückung unabhängiger Organisationsbildung und dem Willen zu möglichst weitgehender Demokratisierung des Lebens zu erklären. Die geforderte Mindestmitgliederzahl von 15 Personen, in vielen Fällen entsprach sie der faktischen Stärke der Parteien, fand in der sarkastischen Bezeichnung *Sofaparteien, Taxi-Parteien*³⁵ ihren Ausdruck. Der endgültige, rechtliche Rahmen für die politischen Parteien ist erst Jahre später entstanden und in der Verfassung, im Gesetz über die politischen Parteien vom 27. Juni 1997, in der Wahlordnung und in den parlamentarischen Ordnungen festgeschrieben.³⁶

In Polen schien der Grund für die frühe Liberalisierung und Demokratisierung, nämlich die Stärke der Opposition (*Solidarność*), zugleich das größte Problem der Anfangsphase der Bildung des Parteiensystems zu sein. Dies wurde auch schon als Regel für die osteuropäischen Transformationsprozesse dargestellt: *The stronger and more unified the opposition front to the non democratic regime the greater the difficulties for a pluralistic party system to be established quickly* (Cotta 1991: 20).

³³ Abgesehen davon, dass Wałęsa keine absolute Stimmenmehrheit erhielt, verwies der Außenseiter Tymiąski den amtierenden Regierungschef Mazowiecki auf den dritten Platz. Sogar der post-kommunistische Kandidat Cimoszewicz erhielt einen beachtlichen Stimmenanteil von knapp 10 Prozent.

³⁴ Vgl: Burmeister 1995: 104, ausführlich darüber: Kędzia 1994.

³⁵ So wurden die kleinen polnischen Parteien in der Publizistik und im öffentlichen Diskurs überspitzt bezeichnet, weil viele von ihnen nicht mehr Mitglieder hatten als auf einem Sofa, bzw. in einem Taxi Platz fanden.

³⁶ Nach den neuen Gesetzen bedarf die Gründung der politischen Parteien keinerlei Genehmigung staatlicher Behörden. In Polen dürfen sowohl die eingetragenen als auch die nicht eingetragenen Parteien aktiv sein. Jedoch bedarf die Eintragung (das Sachregister wird vom Wojewodschaftsgericht in Warschau geführt) einer

Richtigerweise wurde auch auf die Bedeutung von einzelnen Personen und des Kontextes, in dem sie wirkten, für die Bildung und Handlungen der einzelnen Parteien hingewiesen:

Tatsächlich ist es so, dass bestimmte politische Ereignisse sowie willkürliche, obwohl vielleicht richtige und notwendige ökonomische Entscheidungen (...) in Polen primär waren. Und nach ihnen und in ihrem Ergebnis begann der Prozess der Formierung der politischen Bühne. Und so ist es geblieben: zeitgeschichtliche Umstände, einzelne Ereignisse, sogar konkrete Personen entschieden über Entstehung von Parteien, über Allianzen und Distanzen. (...) es war der Kontext, der in großem Maß Parteiprogramme bestimmte. Ereignisse auf der politischen Bühne in der Zeit von 1989 bis 1993 liefern unzählige Beispiele für den konzeptionellen Charakter der politischen Parteien (Grabowska/Szawiel 1993: 16).

Das Fehlen einer entwickelten und stabilen sozialen Struktur der Gesellschaft, die sich während der Transformation erheblich veränderte, machte andere Faktoren zu den wichtigsten Elementen der Politik. In der ersten Phase des Übergangs waren das persönliche Fragen und das „Kulturkriterium“ (Wojtaszczyk 1993: 41), das sich auf Kategorien wie: Nation, Platz Polens in Europa, Rolle der Kirche, Einstellung zu bestimmten politischen Traditionen usw. stützte. Dies ist ein wichtiger Aspekt, der an anderer Stelle in dieser Arbeit noch eingehend betrachtet wird. Weiteres über Konfliktlinien in der polnischen Gesellschaft findet sich ausführlich dargestellt in Kapitel III-2.3. *Cleavage-Struktur in Polen.*

1.3. Die dritte Phase - Konsolidierung

Als dritter Abschnitt des Transformationsprozesses sehen O'Donnell/Schmitter (1986) die Konsolidierungsphase, in der sich die Demokratie etabliert hat und in der stabile Parteiensysteme existieren. Folgende Voraussetzungen sind nach Bos (1994: 86) Kennzeichen einer konsolidierten oder stabilen Demokratie: Erstens müssen die relevanten politischen Kräfte dazu bereit sein, ihre Interessen und Überzeugungen dem ungewissen Zusammenspiel demokratischer Institutionen auszusetzen. Zweitens müssen sie die Ergebnisse des demokratischen Prozesses respektieren. In diesem Sinne ist eine konsolidierte Demokratie dann erreicht, wenn die meisten Konflikte mit Hilfe demokratischer Institutionen ausgetragen werden, wenn niemand die Resultate des demokratischen Prozesses nachträglich manipulieren kann, die Resultate nicht von vornherein feststehen, sie innerhalb vorhersehbarer Grenzen Gewicht haben und die relevanten politischen Kräfte sich nach ihnen richten.

Die Wahlen zum Sejm 1993 haben das polnische Parteienspektrum in mehrfacher Hinsicht verändert. Zum einen wurde durch das neue Wahlgesetz die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien drastisch verändert. Zum anderen hat der Sieg der postkommunistischen Parteien die

Befürwortung von mindestens 1000 polnischen Bürgern, die wahlberechtigt sind. Nur die eingetragene Partei

liberalen, nationalen und religiösen Rechten, die bis dahin aus ideologischen Gründen und vor allem wegen persönlicher Ambitionen völlig zersplittert waren, veranlasst ihre Kräfte zu vereinigen (1994 entstand UW, 1995 ROP, 1996 AWS).

Gerade wegen der sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten spielten die Fragen der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Angesichts der sozialen Auswirkungen der Transformationsphase sank die Popularität der Reformer in Polen. Hinzu kamen die unklaren Kompetenzen des Präsidenten bezüglich der Besetzung der drei Ministerposten des Auswärtigen, des Inneren und der Verteidigung, die in der "Kleinen Verfassung" aus dem Jahre 1992 nicht genau definiert worden waren. Trotzdem bemühte sich Wałęsa die Reformpolitik voranzutreiben, was ihm allerdings die Zersplitterung des Parteiensystems und die schwachen, rasch wechselnden Regierungen Olszewskis, Pawlaks und nicht zuletzt die von Suchocka nicht leicht gemacht haben.³⁷ Bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung im Sommer 1997 existierte in Polen eine Mischung aus parlamentarischer und präsidentialer Demokratie.

Der im November 1995 gewählte Präsident Aleksander Kwaśniewski³⁸ verzichtete jedoch auf direkte Eingriffe bei der Besetzung der drei wichtigsten Ministerien. Seine politische Herkunft und sein Anspruch, die parlamentarische Demokratie zu festigen, haben sicherlich zu dieser Entscheidung beigetragen (Ochmann 2002). Die Präsidentschaftswahl 1995 zeigte auch, dass sich die Trennungslinien in der Gesellschaft verlagert hatten. Die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit stand nicht mehr an erster Stelle der politischen Diskussion. Das neue Hauptthema war die Glaubwürdigkeit der Politik hinsichtlich der Bewältigung der Zukunftsprobleme. Der Großteil der Polen, vor allem die jungen Wählerschichten, hatten mit dieser Aufgabe den ehemaligen Jugendfunktionär der kommunistischen Partei, Aleksander Kwaśniewski, beauftragt (Rulkowski 1995).

Der Erfolg einer demokratischen Konsolidierung hängt stark von der Funktionsfähigkeit der zentralen politischen Institutionen ab. Sie sind "die rechtlich verpflichtende Struktur, die normative Standards formuliert und bindende Entscheidungen ermöglicht" (Merkel 1994a: 5). Neben der abgeschlossenen Institutionenbildung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, demokratischen Verfassung, der Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, dem Schutz von Minderheiten, dem Pluralismus und der politischen Kultur, gelten die Ausbildung einer *civil society* und sozialer Gerechtigkeit als Kriterien für die Konsolidierung eines demokratischen Systems. Hinzu kommen freie Wahlen und in der Gesellschaft verankerte Parteien. Das Parteiensystem Polens ist spätestens nach den Parlamentswahlen von 1997 in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Entscheidend hierfür war die Bildung von Wahlbündnissen und die Fusion von Parteien auf der rechten Seite des

wird zu einer juristische Person (Sulowski/Wojtaszczyk 2001: 105-112).

³⁷ Regierungszeiten siehe Anhang B: *Ministerpräsidenten in der Republik Polen*.

³⁸ Aleksander Kwaśniewski - Politiker, 1976-1981 leitendes Mitglied der Sozialistischen Union Polnischer Studenten (SZSP), 1981/1984 Chefredakteur der Jugendzeitschrift *ITD*, und *Sztandar Młodych* (Standarte der Jugend), 1985 Leiter des Jugendkomitees der Polnischen Regierung, 1987 Jugend- und Sportminister der Volksrepublik Polen, Mitglied der Regierung von Mieczysław Rakowski - Teilnehmer der Gespräche am *Runden Tisch*, 1990 Gründungsmitglied und Vorsitzender der Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP), 1991 Mitbegründer und Vorsitzender der Allianz der Demokratischen Linken (SLD), 1995 Wahl zum Präsidenten der Republik Polen. Wiederwahl im Oktober 2000.

Parteienspektrums. So entstanden für den Wähler Alternativen, die demokratische Regierungswechsel ermöglichten (Dieringer 2000: 126).

Das polnische Parteiensystem hat bis zum heutigen Zeitpunkt zwar eine gewisse Grundstruktur erhalten, doch von einer grundlegenden, dauernden politischen Stabilisierung kann noch nicht die Rede sein. Nach dem Zerfall der AWS, der Niederlage der liberalen UW, dem Aufstieg der populistischen Parteien und nicht zuletzt nach dem Auseinanderfallen des bis dahin konstanten SLD-Lagers müssen in Polen die unterschiedlichen Gruppierungen aus katholischen Rechten, dem „Arbeitnehmerflügel“ und den Wirtschaftsliberalen erst zueinander finden. Die politischen Positionen unterscheiden sich aber in einem Maße, dass damit allenfalls langfristig zu rechnen ist. Die Parteien in Polen haben noch nicht den Grad an Geschlossenheit, an Mobilisierungskraft und an Mitgliederstärke erreicht, den man aus Westeuropa gewohnt ist. Auch die Häufigkeit politischer Richtungswechsel ist größer (es gelang keiner Regierung wiedergewählt zu werden) als innerhalb der westeuropäischen Parteiensysteme.

Im Folgenden werden die Parlamentswahlen und die wichtigsten Folgeentwicklungen, die sich auf der politischen Bühne Polens seit den ersten halbfreien Parlamentswahlen abgespielt haben, dargestellt. Dabei werden die wichtigsten Parteien und die entscheidenden Trennlinien des politischen Systems hervorgehoben.